

PRESSEDIENST

22.05.2026

Neue Werte des IMK Inflationsmonitors

Höhere Inflation durch Preisschock beim Öl trifft weiterhin Familien am stärksten

Als Folge des Iran-Kriegs ist die Inflationsrate in Deutschland im April auf 2,9 Prozent gestiegen – 0,2 Prozentpunkte mehr als im März. Der Anstieg ist dabei weitestgehend auf den Preisschock bei Kraftstoffen und Heizöl zurückzuführen, der sich bislang noch nicht auf die Preise für Nahrungsmittel und andere Waren und Dienstleistungen übertragen hat. Auch die Verbraucherpreise beim Gas wiesen im April wegen längerfristiger Verträge noch keine besondere Preisdynamik auf, obwohl die Weltmarktpreise deutlich angezogen haben. Die Kraftstoffpreise prägen die haushaltsspezifischen Inflationsraten: Familien, und insbesondere die mit niedrigen und mittleren Einkommen, sind derzeit von der neuen Teuerungswelle besonders stark betroffen, weil in ihren Warenkörben Ausgaben für Auto-Kraftstoffe ein relativ hohes Gewicht haben. So war im Vergleich von neun repräsentativen Haushaltstypen, die sich nach Zahl und Alter der Mitglieder sowie nach dem Einkommen unterscheiden, im April die Inflationsrate von Paarfamilien mit mittleren bzw. geringen Einkommen mit 3,0 bzw. 2,9 Prozent am höchsten. Darauf folgten Alleinerziehende mit mittleren Einkommen und Paarfamilien mit hohem Einkommen (je 2,8 Prozent). Die niedrigste Teuerung verzeichneten Alleinlebende mit niedrigen Einkommen (2,1 Prozent), weil diese oft kein Auto besitzen. Alle weiteren untersuchten Haushaltstypen lagen mit Raten von 2,5 bis 2,7 Prozent dazwischen (alle Daten in der Abbildung unten). Zu diesem Ergebnis kommt der neue IMK Inflationsmonitor.*

Obwohl die Inflation durch den Krieg der USA und Israels gegen den Iran deutlich verstärkt wurde, ist die aktuelle Teuerungsdynamik weit entfernt von der nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, zeigt Studienautorin Dr. Silke Tober anhand eines Vergleichs mit Daten aus dem April 2022. Damals lag die haushaltsspezifische Inflationsrate bei Paarfamilien mit niedrigen bzw. mittleren Einkommen bei 7,5 Prozent bzw. 7,3 Prozent, Alleinlebende mit niedrigen Einkommen mussten vor vier Jahren eine Preissteigerung von 6,5 Prozent schultern. Ein wichtiger Grund für den Unterschied ist, dass der Überfall auf die Ukraine, eine wichtige Exporteurin von Nahrungsmitteln, kurzfristig weltweit die Preise für Agrarrohstoffe hochschnellen ließ. Nahrungsmittel zählen, ebenso wie Haushaltsenergie, zu den Gütern des Grundbedarfs, für die Haushalte mit niedrigen bis mittleren Einkommen einen vergleichsweise großen Anteil ihres Konsumbudgets ausgeben müssen.

Der Krieg gegen den Iran und die Blockade der Straße von Hormus dürfte sich hingegen indirekt und langsamer auswirken über höhere Energie-,

Ansprechpartner in der
Hans-Böckler-Stiftung:

Prof. Dr. Sebastian Dullien
Wissenschaftlicher Direktor IMK
Telefon +49 211 7778-331
sebastian-dullien@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Telefon +49 211 7778-150
rainer-jung@boeckler.de

IMK – Institut für Makroökonomie
und Konjunkturforschung
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf

presse@boeckler.de
www.boeckler.de
www.imk-boeckler.de

Transport und Düngemittelpreise. Wie groß der preistreibende Effekt wird, hängt entscheidend von der Dauer des Krieges ab, betont die IMK-Inflationsexpertin: „Noch bleibt ein bis zum Sommer begrenzter Höhenflug der Rohöl- und Erdgaspreise ein realistisches Szenario“, schreibt Tober. Ziehe sich der Konflikt hingegen länger hin, „könnte jedoch auch der Iran-Krieg einen größeren und breiter angelegten Angebotsschock bewirken mit schwerwiegenden negativen Auswirkungen auf die Inflation und die wirtschaftliche Aktivität“, warnt die Ökonomin.

Vor diesem Hintergrund müssten die Regierungen in Deutschland und den anderen Ländern des Euroraums vorbereitet sein, um bei Bedarf rasch Maßnahmen zu ergreifen, die die Bevölkerung entlasten. Der „Tankrabbatt“ habe seine Berechtigung, weil er neben Privathaushalten auch Unternehmen entlaste und zugleich die gemessene Inflation reduziere. Setze sich der Preisaufruf noch deutlich länger fort, sei jedoch mehr notwendig. Zu den sinnvollen möglichen Ansätzen zählt Tober eine – im Vorfeld mit den Tarifparteien abgestimmte – Neuauflage der abgaben- und steuerfreien Inflationsausgleichsprämie, eine temporäre Entkopplung des Strompreises vom Gaspreis, für die das IMK kürzlich einen Vorschlag gemacht hat (Link unten), sowie die Vorbereitung von im Bedarfsfall schnell einsetzbaren „Blaupausen“ für weitere Energiepreisbremsen und Übergewinnsteuern. Darüber hinaus seien Maßnahmen erforderlich, die den Verbrauch fossiler Energien gezielt senken, etwa ein Tempolimit auf Autobahnen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) habe „umsichtig agiert“, als sie im April auf eine Zinserhöhung verzichtete, betont die IMK-Inflationsexpertin. „Denn die hohen Energiepreise belasten die Wirtschaft und insbesondere die angeschlagene Industrie, die zudem die US-Zölle, die kräftige Euro-Aufwertung im vergangenen Jahr und die starke Konkurrenz auf den Weltmärkten durch chinesische Unternehmen zu verkraften hat.“ Generell werde es für die Zentralbank leichter, weiter abzuwarten, wenn es gelinge, den Anstieg der Verbraucherpreise durch staatliche Maßnahmen zu bremsen.

Informationen zum Inflationsmonitor

Für den IMK Inflationsmonitor werden auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamts die für unterschiedliche Haushalte typischen Konsummuster ermittelt. So lässt sich gewichten, wer für zahlreiche verschiedene Güter und Dienstleistungen – von Lebensmitteln über Mieten, Energie und Kleidung bis hin zu Kulturveranstaltungen und Pauschalreisen – wie viel ausgibt und daraus die haushaltsspezifische Preisentwicklung errechnen. Die Daten zu den Haushaltseinkommen stammen ebenfalls aus der EVS. Im Inflationsmonitor werden neun repräsentative Haushaltstypen betrachtet: Paarhaushalte mit zwei Kindern und niedrigem (2000-2600 Euro), mittlerem (3600-5000 Euro), höherem (mehr als 5000 Euro) monatlichem Haushaltsnettoeinkommen; Haushalte von Alleinerziehenden mit einem Kind und mittlerem (2000-2600 Euro) Nettoeinkommen; Singlehaushalte

mit niedrigem (unter 900 Euro), mittlerem (1500-2000 Euro), höherem (2000-2600 Euro) und hohem (mehr als 5000 Euro) Haushaltsnettoeinkommen sowie Paarhaushalte ohne Kinder mit mittlerem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 3600 und 5000 Euro monatlich. Der IMK Inflationsmonitor wird monatlich aktualisiert.

*Silke Tober: IMK Inflationsmonitor: Kraftstoffpreise treiben deutsche Inflation im April 2026 auf 2,9 %. IMK Policy Brief Nr. 216, Mai 2026. Download: <https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-009396>

Ergebnisse des Inflationsmonitors in interaktiven Grafiken:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-inflationsmonitor-51365.htm>

Kontakt in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Silke Tober

IMK-Expertin für Geldpolitik

Tel.: 0211-7778-336

E-Mail: Silke-Tober@boeckler.de

Rainer Jung

Leiter Pressestelle

Tel.: 0211-7778-150

E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Abbildung (Abb. 3 in der Studie)

Abbildung 3: Haushaltsspezifische Inflationsraten und Inflationsbeiträge im April 2026¹
in % bzw. Prozentpunkten

